VSHEW

Kieler Wärmegipfel

[18.06.2025] Stadtwerke aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen treiben die Wärmewende voran. Beim Kieler Wärmegipfel des Verbands der Schleswig-Holsteinischen Energie- und Wasserwirtschaft zeigten sie, wie unterschiedlich lokale Lösungen aussehen können – und wo die Politik nachbessern soll. Schleswig-Holsteins Energieminister Tobias Goldschmidt sicherte Unterstützung zu.

Beim Wärmegipfel in Kiel haben 35 Stadtwerke aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen über ihre Konzepte für die kommunale Wärmeplanung gesprochen. Eingeladen hatte der Verband der Schleswig-Holsteinischen Energie- und Wasserwirtschaft (VSHEW). Das Treffen fand vergangene Woche statt, wie der Verband berichtet.

Drei Stadtwerke stellten beispielhaft ihre Planungen vor. In Brunsbüttel soll industrielle Abwärme genutzt werden. Neustadt plant mit Großwärmepumpen und Meerwasserwärmetauschern. In Eutin ist eine integrierte Planung vorgesehen. Dort sollen Wärmeversorgung, Stromnetz, Wasserleitungen, Abwasser und Glasfaseranschlüsse gemeinsam erneuert werden.

Ziel sei es jeweils, Synergien zu nutzen, Kosten zu senken und die Belastung für Bürgerinnen und Bürger möglichst gering zu halten. Einheitliche Lösungen gebe es nicht, betonten die Stadtwerke. Die Voraussetzungen vor Ort seien sehr unterschiedlich.

Minister lobt Engagement

Schleswig-Holsteins Energieminister Tobias Goldschmidt (Bündnis 90/Die Grünen) nahm an der Veranstaltung teil. Er lobte das Engagement der kommunalen Versorger. Sie seien ein „maßgeblicher Erfolgsfaktor für die Wärmewende“ im Land, sagte Goldschmidt. Gleichzeitig machten die Vertreterinnen und Vertreter der Stadtwerke deutlich, dass viele Hürden bestehen. So sei es oft schwierig, geeignete Flächen zu finden. Auch der Zugang zu erneuerbaren Energiequellen gestalte sich aufwendig. Trotzdem würden die Stadtwerke weiter an ihren Projekten arbeiten und sich auf den Ausbau der nötigen Infrastruktur vorbereiten.

Klare Erwartungen an die Politik

Im Gespräch mit dem Minister formulierten die Stadtwerke konkrete Erwartungen. Sie fordern:

- eine rechtliche Klärung zur Nutzung von Trinkwasserwärme mit Wärmetauschern,
- mehr Personal in den Bauämtern, damit Genehmigungen schneller bearbeitet werden,
- ein landesweites Finanzierungsinstrument, das günstige Kredite ermöglicht,
- eine bessere Eigenkapitalausstattung kommunaler Unternehmen,
- und eine bessere Abstimmung der Förderprogramme von Bund und Land.

Letzteres solle Zielkonflikte vermeiden, etwa zwischen der Förderung von Wärmepumpen und leitungsgebundenen Systemen wie Nahwärmenetzen. Die Ergebnisse des Gipfels sollen in den kommenden Monaten weiter in Stadtwerken und Politik diskutiert werden. Ziel sei es, die Wärmewende gemeinsam voranzubringen.

(al)

Stichwörter: Politik, Verband Schleswig-Holsteinische Energie- und Wasserwirtschaft (VSHEW)